

Kreisarbeitsprogramm der Jusos Berlin-Mitte 2020-2022

Inhalt

1. Präambel.....	2
2. Die Grundprinzipien unserer Kreisarbeit	3
1. Kreisstruktur	3
2. Die Juso-Doppelstrategie in Berlin-Mitte	3
3. Mitgliederwerbung und Einbindung.....	4
4. Kampagnen.....	4
5. Innerparteiliche/innerverbandliche Bildungsarbeit	5
3. Unsere Themen für 2020 – 2022	6
1. Stadtentwicklung und Mobilität.....	6
2. Arbeit, Soziales und Gesundheit.....	7
3. Bildung und Kultur.....	9
4. Feminismus.....	11
5. Umwelt, Klima & Nachhaltigkeit.....	12
6. Migration, Integration und Asyl	13
7. Europa und Internationales.....	14
8. Wirtschaft, Finanzen und Steuern.....	15

1. Präambel

Mitte ist ein vielfältiger Bezirk im Herzen Berlins und repräsentiert mit seinen knapp 385.000 Bewohner*innen Menschen verschiedenster Herkunft und Lebenslagen. Die Jusos Mitte sind stets bemüht diesem Umstand Rechnung zu tragen. Im Rahmen unserer politischen Arbeit beschäftigen wir uns in zahlreichen Veranstaltungen mit Problemen und Fragestellungen, die sich sowohl aus den bezirklichen Lebensrealitäten ergeben als auch aus übergeordneten Zusammenhängen auf den Bezirk einwirken. Wir beteiligen uns an Diskussionen über notwendige Veränderungen und versuchen gemeinsam mit anderen Mitgliedern neue Konzepte zu entwickeln, die die Lebenswirklichkeiten aller in den Blick nehmen. Die Jusos Mitte haben in letzten beiden Jahren einen sehr engagierten Wahlkampf zur Europawahl 2019 geführt und wieder einmal gezeigt, dass die Jusos Mitte ein überaus aktiver, engagierter und insbesondere kreativer Kreisverband sind. Wir Jusos bleiben somit der kampagnenfähigste Teil der SPD! Gerade als dieser aktive Kreisverband konnten wir zahlreiche aktive Mitglieder durch unsere gute und kontinuierliche Arbeit dazugewinnen. Diesen Stand konnten wir nur erreichen, indem wir uns fundiert und auf hohem Niveau mit tagespolitischen Geschehnissen im Bezirk sowie mit grundsätzlichen gesellschaftlichen Entwicklungen auseinandergesetzt haben. Diesen erfolgreichen Weg wollen wir auch in den nächsten Jahren fortsetzen: ganz gleich ob in kreativen und kontroversen Diskussionen, Veranstaltungen, Kampagnen oder Empowerment sowie in unserer politischen Bildungsarbeit. Unser Anspruch ist dabei, allen Interessierten ein niedrigschwelliges Mitmachen zu ermöglichen und neue (digitale) Wege für politisches Engagement zu gehen.

Wir Jusos Mitte sind insgesamt sehr gut aufgestellt für die Aufgaben, die in den kommenden zwei Jahren vor uns liegen. Zur tagespolitischen Wahrheit gehört aber auch, die sich abzeichnenden politischen Ausgangslagen zu betrachten, die unsere Arbeitsweise in den kommenden Jahren begleiten werden. Die SPD hat aufgrund der langjährigen Großen Koalition einen schweren Stand: In der Gemengelage der Großen Koalition verwässern sozialdemokratische Grundüberzeugungen und so wird es immer schwieriger das eigene politische Profil zu schärfen. Die bereits jetzt drängenden Fragen, wie eine zukünftige Gesellschaft aussehen und wie mit aktuellen Herausforderungen wie der Klimakrise umgegangen werden muss, bleiben hinter symbolpolitischen Minimalkonsensentscheidungen zurück. Der offene politische Meinungs- bzw. Richtungsstreit findet durch das Regieren in einer Großen Koalition nur noch bedingt statt. Das schwächt nicht nur die SPD, sondern stärkt letztlich nationalchauvinistische und offen rassistische Positionen. Diesen wollen wir uns, wo es geht, sowohl innerparteilich aber auch darüber hinaus entgegenstellen. Ein gesellschaftliches nationalistisches Rollback wird es ohne unsere Gegenwehr nicht geben! Der 2019 stattgefundenen Mitgliederentscheid zum Parteivorsitz konnte, nicht zuletzt wegen der Jusos, ein Signal des Aufbruches wieder zurück zu einer linken progressiven Politik entsenden. Diesen Schwung wollen wir in die nächsten zwei Jahre mitnehmen und noch entschlossener für eine linke Politik streiten. Höhepunkt unseres Wettkampfs stellen dabei die Bundestagswahl, die Abgeordnetenwahl und die Wahl zur Bezirksverordnetenversammlung 2021 dar. Hier werden wir entschlossen für das Ende der Großen Koalition und für linke Mehrheiten werben. Dabei setzen wir uns das Ziel, am stärksten unter den Jung- und Erstwähler*innen vertreten zu sein.

Auch im Bezirk setzen wir uns das Ziel, die SPD wieder als treibende Kraft der sozialen Gerechtigkeit aufzubauen. Hier setzen wir uns dafür ein, dass die SPD ein progressives Bündnis auf Bezirksebene führen kann und mit eigenen Ideen für Mehrheiten sorgt. Zusätzlich setzen wir uns auch das Ziel, dass die Jusos inhaltlich und personell stärker auf der Bezirksebene einbezogen werden. In der Wahl zur Bezirksverordnetenversammlung, die zeitgleich mit der Wahl zur Abgeordnetenhaus 2021 stattfinden wird, wollen wir möglichst vielen Jusos ermöglichen, Politik selbst zu erleben und mitzugestalten.

Die Mehrheit des rot-rot-grünen Senats zu erhalten, wird in besonderem Maße der Anspruch der Jusos sein. Nach wie vor stehen viele berlinspezifische Probleme auf der Tagesordnung, die in unseren Augen nur eine linke progressive Politik lösen können. Dennoch gilt für das Regieren im Bund, Land Berlin oder aber im Bezirk: Anstehende Probleme können nur gelöst und zukünftige Herausforderungen gemeistert werden, wenn die Politik auf allen Ebenen sozialdemokratischem Handeln entspricht! Die Jusos Mitte sind hier mehr denn je gefordert, daran aktiv mitzuarbeiten und mitzuwirken, dass eine sozialdemokratische Handschrift wieder stärker zu erkennen ist.

Die Arbeit der Jusos Mitte wird sich dabei vor allem auf unsere Grundprinzipien stützen und sich inhaltlich aus unserem Arbeitsprogramm ableiten. Die Beteiligung aller Mitglieder an den zentralen Entscheidungen und die aktive Einbindung in die politischen Prozesse sind dabei stets oberste Handlungsmaxime.

2. Die Grundprinzipien unserer Kreisarbeit

1. Kreisstruktur

Im Wahljahr 2021 werden in Berlin drei verschiedene Parlamente gewählt: der Bundestag, das Abgeordnetenhaus und die Bezirksverordnetenversammlung. Als Jusos ist es unser Ziel, bei diesen anstehenden Wahlkämpfen inhaltlich überzeugend und sichtbar aufzutreten. Für unser ehrenamtliches Engagement bedeutet das, dass in Zeiten des Wahlkampfes Aufgaben und Pflichten solidarisch unter den Aktiven aufgeteilt werden müssen. Aus diesem Grund sprechen wir uns für eine paritätisch besetzte Doppelspitze für die kommende Amtszeit aus. Die beiden Kreisvorsitzenden sind so in der Lage, anfallende Aufgaben gemeinsam zu bearbeiten. So wird das zeitintensive Ehrenamt des Kreisvorsitzes auch für Mitglieder möglich, die durch Studium, Ausbildung, Beruf oder familiäre Pflichten mehrfach belastet sind. Darüber hinaus ist die Doppelspitze eine Möglichkeit, mehr Frauen bei den Jusos zu repräsentieren. Wird dieses Format auf Dauer fortgesetzt, ist eine weibliche Spitze sichergestellt. Gemeinsam mit den Stellvertreter*innen und Beisitzer*innen des Kreisvorstands soll die Kreisarbeit bei den Jusos Mitte sichergestellt werden. Die Jusos Mitte verfügen über ein enormes Mitgliederpotential. Wir haben viele junge engagierte Mitglieder, die wertvolle eigene Erfahrungen, Expertisen und Interessen mitbringen. In Zukunft wollen wir diese verstärkter in die inhaltliche Ausgestaltung des Kreises miteinbeziehen, weil wir glauben, dass Partizipation Grundlage unserer ehrenamtlichen Parteiarbeit ist und unser Kreis an den vermehrten Perspektiven noch mehr wachsen wird.

2. Die Juso-Doppelstrategie in Berlin-Mitte

Unserem Selbstverständnis nach sind wir weitaus mehr als eine in Wahlkämpfen Plakate klebende oder applaudierende Parteijugend der SPD. Unser inhaltlicher Anspruch als linker Richtungsverband ist es, die Gesellschaft gemeinsam mit anderen politischen und gesellschaftlichen (Jugend-)Verbänden und Interessensgemeinschaften, insbesondere in enger Zusammenarbeit mit Gewerkschaften, zu verändern. Wir wollen eine gerechte Gesellschaft, in der alle Menschen unabhängig von Geschlecht, Herkunft, sozialer Stellung und Vorlieben, gleiche Entfaltungsmöglichkeiten auf Basis ökonomischer Sicherheit haben. Unser Ziel einer gerechten Gesellschaft und Teilhabe an Wohlstand und gleicher Zugang zu gesellschaftlicher Macht. Wir wollen eine Gesellschaft, die solidarisch und gerecht für alle ist! Das können wir aber nur gemeinsam mit anderen erreichen. Hier wollen wir verstärkt in Mitte Mehrheiten suchen und Kontakte knüpfen. Durch regelmäßige themenbezogene Sitzungen wollen wir weiterhin in unserem Kreis unsere inhaltlichen Positionen entwickeln und Strategien entwickeln. Mit Anträgen werden wir uns weiterhin auf allen Jusos- und SPD-Ebenen einbringen und dazu

beitragen, dass unser Verband und unsere Partei an Profil gewinnen und die Lösungen auf die wichtigen gesellschaftlichen Probleme findet und durchsetzt.

3. Mitgliederwerbung und Einbindung

Trotz – oder gerade, weil – ein Rechtsruck in Teilen der Gesellschaft zu beobachten ist, engagieren sich immer mehr junge Menschen ehrenamtlich. Auch die Krise, in der sich die SPD zurzeit befindet, geht nicht spurlos an ihnen vorüber. Der Wunsch nach einer progressiven SPD, die sich klar links positioniert und Mehrheiten jenseits der konservativen Parteien sucht, zeigt sich in diesem Engagement deutlich. Diese jungen Menschen aktiv in die Kreisarbeit einzubinden, wird eine der wichtigsten Aufgabe des Kreises sein. Denn es ist klar: neue Mitglieder bedeuten einen Gewinn von neuen Ideen, Expertisen und Perspektiven. Um dieses Potenzial voll auszuschöpfen, wollen wir Arbeitsstrukturen schaffen, in denen ein niedrigschwelliges Mitarbeiten, die Entwicklung eigener Ideen sowie der kritischer-solidarische Meinusaustausch möglich sind. Wir werden anhand einer schnellen, persönlichen Kontaktaufnahme, einer direkten Ansprache aller Neumitglieder und dauerhaften persönlichen Ansprechbarkeit des Vorstandes für Neumitglieder Unterstützung zur Orientierung für politisches ehrenamtliches Engagement leisten. Dafür wollen wir unsere Arbeitsweise öffnen und eine engere Bindung zwischen Vorstand und aktiven Mitgliedern im Kreis schaffen. Offene und themenspezifische Arbeitsgruppen sollen sich intensiv mit der Vorbereitung und Durchführung von Themensitzungen auseinandersetzen. In der Erstellung und Bearbeitung von Anträgen für die Landesdelegiertenkonferenz sowie den Bundeskongress wollen wir eine breitere Partizipation im Kreis fördern.

Langfristig Mehrheiten für jungsozialistische Politik zu gewinnen, kann aber nur gelingen, wenn wir diese auch besser in der Bevölkerung verankern. Daher wollen wir unsere Präsenz im Bezirk deutlich erweitern und stärker in die Wahrnehmung der Bürger*innen in Mitte treten. Die dabei entstehende Werbung von Neumitgliedern ist für uns auch eine Möglichkeit, unsere Ideale und Werte in anderen Milieus zu tragen. Gerade für Beschäftigte, junge Berufseinsteiger*innen, Schüler*innen, Auszubildende und Arbeitssuchende müssen Wege gefunden werden, wie unsere Inhalte in entsprechender Form vermittelbar bzw. vermittelt werden können. Hier sehen wir uns in der Verantwortung unser Bildungsangebot zu erweitern und anzupassen.

Nach den sehr guten Erfahrungen mit unseren Neumitgliederseminaren wollen wir diese auch in den nächsten zwei Jahren fortsetzen. Je nach Finanzierbarkeit und der Anzahl der Neumitglieder sollen mindestens zwei Seminare pro Jahr organisiert werden. Die Seminare sollen dazu dienen, sich möglichst früh mit den unterschiedlichen Strukturen der Jusos und der SPD vertraut zu machen und so auch allen Interessierten die verschiedenen Formen der Beteiligung der Parteiarbeit nahe zu bringen. Wir finden es wichtig, vor allem aktive Mitglieder für die Arbeit zu begeistern und auch bei bisher inaktiven Mitglieder Interesse zu wecken, sich in der Partei einzubringen. Um weiterhin ein niederschwelliges Angebot zu gewährleisten, die Jusos und ihre Ideen kennenzulernen, werden wir das Format *MITTEndrin* auch in Zukunft weiterführen und gegebenenfalls optimieren, um verschiedene Gruppen besser ansprechen zu können. Die gesellige Seite der Jusos sollte weiterhin das traditionelle Sommergrillen sowie die Jahresendfeier und je nach Wunsch auch Ausflüge umfassen.

4. Kampagnen

In den nächsten zwei Jahren werden wir intensiv unsere Kampagnen zu der Bundestags-, Abgeordnetenhaus-, und Bezirksverordnetenversammlungswahl erarbeiten. Dabei wollen wir durch kreative Aktionen auf uns aufmerksam machen sowie linke Inhalte in den Vordergrund

stellen. Besonders wichtig ist dabei die inhaltliche Mitwirkung der Jusos Mitte am Kreiswahlprogramm, um unsere linken Ideen einer sozialistischen Stadt auch in der SPD einzubringen. Unser Ziel ist es, für unsere Wahlkampagne Forderungen zu erarbeiten, die Themen ansprechen, welche sowohl auf Bundesebene, aber auch im Land Berlin und im Bezirk Mitte große Relevanz haben. Als Jusos Mitte möchten wir dabei eng mit unserem Berliner Landesverband und anderen Kreisen zusammenarbeiten, aber auch eigenständige Materialien entwickeln.

Wahlkämpfe bedürfen vieler personeller Kapazitäten. Um die Kampagnenfähigkeit des Kreises zu verbessern und auch um außerhalb des Wahlkampfes für uns Jusos zu werben, wollen wir im Jahr 2020 eine Schulkampagne starten, um mit jungen (Berufs-)Schüler*innen ins Gespräch über politische und gesellschaftliche Herausforderungen zu kommen und für die Arbeit der Jusos zu werben. Auch eine Kampagne zu einer besseren Einbindung von Frauen* nehmen wir uns vor.

5. Innerparteiliche/innerverbandliche Bildungsarbeit

Für uns Jusos gilt das Recht auf Bildung nicht nur innerhalb der Gesellschaft, sondern auch innerhalb unseres Verbandes. Dementsprechend wollen wir mehr Möglichkeiten der Partizipation für unsere Mitglieder schaffen und eine bessere Wissensvermittlung ermöglichen. Wir wollen gesellschaftliche Probleme hinterfragen und analysieren, um niedrigschwellig, aber auf inhaltlich hohem Niveau entsprechende Lösungen zu erarbeiten. Eindimensionale Antworten lehnen wir ab. Deshalb wollen wir uns auf Sitzungen intensiv mit unseren Themen beschäftigen und hierzu mit vielen Referent*innen in den Austausch kommen. Als zentralen Baustein wollen wir vermehrt inhaltliche Grundlagenseminare anbieten. Anspruch dieser soll einerseits sein, Grundlagen der Jusos und der SPD zu vermitteln und andererseits grundsätzlichen Fragestellungen nachzugehen, um unsere thematischen Kenntnisse erweiternd zu vertiefen. Politische Bildungsarbeit ist für uns ein wichtiger Baustein unserer Arbeitsweise. Diese spielt für gesellschaftliche Partizipation eine ganz entscheidende Rolle. Allen Mitgliedern wollen wir Möglichkeiten bieten, in kontroversen Diskussionen kreative Antworten zu entwickeln. Deshalb ist unser Ziel, dass wir mindestens einmal im Jahr ein Neumitgliederseminar anbieten, um den Neumitgliedern den Einstieg in das politische Engagement zu erleichtern und unsere Strukturen und thematischen Schwerpunkte zu vermitteln. Zudem wollen wir unseren Juso-Treff "MITTEndrin" regelmäßig fortführen und weiterentwickeln, um so ein niedrigschwelliges Angebot zu schaffen und zudem Neuigkeiten und Wissen weiterzugeben.

3. Unsere Themen für 2020 – 2022

In unserer Kreisarbeit nehmen wir uns den Anspruch, die wichtigsten Themen für Mitte zu behandeln. Dabei gehen wir wo nötig auch auf aktuelle tagespolitische Ereignisse ein. Folgende acht Schwerpunktthemen wollen wir uns dennoch in den nächsten zwei Jahren genauer vornehmen.

1. Stadtentwicklung und Mobilität

Berlin ist eine Stadt, die weiterhin Jahr für Jahr stark wächst. Unser Bezirk Mitte ist davon besonders intensiv betroffen. Deshalb stehen die Themen Stadtentwicklung und Mobilität auch in den nächsten zwei Jahren für uns Jusos Mitte mit an oberster Stelle. Wir wollen uns damit beschäftigen, wie der Wandel unseres Bezirks und unserer Stadt gerechter und verträglicher gestaltet werden kann. Ein gutes Zusammenleben für alle Menschen, egal welcher Hintergründe und Kulturen muss dabei oberste Priorität haben. Verdrängung und Ausgrenzung erteilen wir eine klare Absage. Dafür braucht es die Umsetzung neuer Ideen und Antworten auf die Fragen, wie in Zukunft alle Menschen in Mitte lebenswert, kostengünstig, barrierefrei und sicher Leben, Wohnen, Arbeiten und mobil sein können.

Gleichzeitig nehmen wir wahr, dass der Raum in unserem Bezirk begrenzt ist und verfügbares Bauland immer weniger wird. Daher müssen wir uns damit beschäftigen, wie wir die Flächen, die Potenzial für Neubau haben, mit einem nachhaltigen und verträglichen Gesamtkonzept entwickeln. Als Jungsozialist*innen sprechen wir uns dabei gegen jede Form von Luxuswohnraum aus. Der Bau von Wohnungen sollen von der öffentlichen Hand kontrolliert oder übernommen werden. Dabei setzen wir uns gegen den Trend zu Eigentumswohnungen und gegen jede Art der Privatisierung von Wohnraum ein. In den nächsten zwei Jahren wollen wir daher darüber sprechen, wie wir zu Genossenschaften, anderen Konzepten von Eigentumswohnungen oder den Ideen einer kompletten staatlichen Regulierung des Wohnungsmarktes stehen. Wir wollen, dass beim Wohnungsbau die Perspektive junger Menschen stärker berücksichtigt wird. Auch im Neubau ist die Errichtung von bezahlbaren Mietwohnungen, die sich als WGs nutzen lassen oder für Singles ohne hohes Einkommen geeignet sind, notwendig. Bestandswohnungen, die diese Anforderungen bereits erfüllen, müssen erhalten bleiben und besonders geschützt werden. Wir begrüßen die auf Initiative der Berliner SPD ermöglichte Einführung eines Mietendeckels für unsere Stadt. Wir wollen uns damit beschäftigen, wie wir die dadurch gewonnene Zeit auf dem Wohnungsmarkt in Mitte produktiv nutzen können und klären, welche Möglichkeiten zur weiteren Regulierung des Wohnungsmarktes auch in Zukunft bestehen. Dabei müssen wir über effektivere Instrumente sprechen und fordern staatliche Konzepte gegen Spekulationen mit Wohnraum auf Bezirks-, Landes-, Bundes- und europäischer Ebene. Da der Mietendeckel zunächst auf fünf Jahre beschränkt ist, muss sichergestellt werden, dass es danach nicht so weitergeht wie in den letzten Jahren. Wir wollen die Umsetzung einer progressiven Wohnungspolitik in Mitte konsequent unterstützen und konstruktiv begleiten. In Anbetracht der anstehenden Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus sehen wir die Wohnungs- und Verkehrspolitik als ein zentrales Thema in Mitte, für das wir uns im Wahlkampf auch als Jusos in unseren Ortsteilen stark machen und uns insbesondere für die Perspektive junger Menschen einsetzen, die in allergrößter Mehrheit kein Wohneigentum und kein Auto besitzen.

Nur jede*r dritte Berliner*in hat ein eigenes Auto. Die überwältigende Mehrheit nutzt das Fahrrad und den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) unserer Stadt. Erst recht in Mitte ist ein eigener Pkw nicht nötig und wenn doch, stehen eine Vielzahl von Sharing-Angeboten zur Verfügung. Auf den Straßen lässt sich dieses Verhältnis aber nicht erkennen. Autos dominieren

den öffentlichen Raum und stellen alle anderen Verkehrsmittel in den Schatten. Zudem ist jedes Auto eine Gefahr für die Gesundheit der Menschen in Mitte, sei es durch Luftverschmutzung, Lärm oder Unfallgefahr. Eine jungsozialistische Perspektive auf die Verkehrspolitik erkennt diese Tatsachen und die Notwendigkeit einer Abkehr von der Privatisierung des öffentlichen Raums durch private Pkws. Wir fordern die Fehler der autogerechten Praxis vergangener Jahrzehnte zu beheben. Aus diesem Grund setzen wir uns dafür ein, den ÖPNV in Berlin stärker zu fördern und den Radverkehr stärker zu priorisieren. Das von Rot-Rot-Grün beschlossene Mobilitätsgesetz unterstützen wir und begrüßen eine Umsetzung der darin vereinbarten Maßnahmen in Mitte. Um eine wirkliche Veränderung zu erreichen, muss Autofahren in Mitte unattraktiver werden. Dazu sind weitere Restriktionen notwendig. Gleichzeitig braucht es Anreize und Alternativen zum Umstieg. Daher unterstützen wir den Gedanken der Sharing-Mobilität. Diese muss allerdings geordnet ablaufen. Aus diesem Grund wollen wir untersuchen, wo in unserem Bezirk Potenziale für Mobilitätsstationen und Sharing-Stellplätze auf vorherigen Pkw-Stellflächen existieren. Dabei wollen wir verstärkt auf die Bezirksverordnetenversammlung und das Berliner Abgeordnetenhaus einwirken und dabei unterstützen, praktische Lösungen zu finden.

Darüber hinaus wollen wir uns in den nächsten zwei Jahren damit beschäftigen, wo in Berlin und insbesondere in Mitte der Ausbau des ÖPNVs möglich und notwendig ist. Gemeinsam wollen wir neue Trassen für Straßenbahnen und U-Bahnen diskutieren. Um Mitte von Pendler*innenströmen zu entlasten, müssen zudem auch die Außenbereiche der Stadt besser an den öffentlichen Nahverkehr angebunden werden. Wir fordern zudem die Anbindung schlecht erschlossener Gebiete in Mitte zu verbessern, einen zehn Minuten Takt für alle Buslinien sowie den Bau weiterer S- und U-Bahnlinien und -stationen, z.B. an der Perleberger Brücke.

Wir wollen grundsätzlich besprechen, wie Flächen im öffentlichen Raum in Mitte gerechter und sinnvoller genutzt werden können. Hochwertige Grünanlagen und Parks sollten für alle Menschen in Mitte schnell erreichbar sein. Dabei spielen für uns die Funktionen öffentlicher Daseinsvorsorge und unser Verständnis davon eine zentrale Rolle. Wir wollen uns damit beschäftigen, wie sich hier effektive Steuerungs- und Finanzierungsmöglichkeiten etablieren lassen und untersuchen, ob die Konzentration von Aufgaben der Daseinsversorgung in kommunaler Hand, z.B. unter dem Dach eines einzigen Stadtwerks, sinnvoll ist.

2. Arbeit, Soziales und Gesundheit

Jungsozialistische Sozialpolitik

In Berlin lebt fast jedes dritte Kind in einer Familie, die Hartz IV bezieht. Damit stehen dem Kind am Tag etwa 4 Euro zur Verfügung. In Berlin-Mitte ist der Anteil armer Kinder sogar noch höher: 43,5 Prozent der Minderjährigen leben von Grundsicherung. Im Ortsteil Gesundbrunnen sind es sogar 62,4 Prozent. Armut bedeutet für die betroffenen Kinder und Jugendlichen nicht nur eine finanzielle Einschränkung. Armut beeinträchtigt die Bildungschancen, die Gesundheit und die Möglichkeit, an sozialen Aktivitäten teilzunehmen. Wir Jusos wollen in einer Stadt leben, in der alle Menschen gleichermaßen an den Angeboten unserer Gesellschaft teilhaben können. Ziel einer sozialdemokratischen Sozialpolitik muss es sein, Armut und soziale Ungleichheiten zu bekämpfen. Mit dem auf dem SPD-Bundesparteitag im Dezember 2019 beschlossenen Konzept „Arbeit – Solidarität – Menschlichkeit: Ein neuer Sozialstaat für eine neue Zeit“ wurde formuliert wie wir uns einen sozial gerechten Sozialstaat der Zukunft vorstellen. Wir begrüßen den Paradigmenwandel hin zu einem Verständnis von Bürger*innen als Inhaber*innen sozialer Rechte. Deutlich wird dies an verschiedenen Politikvorhaben, welche schon lange Teil der Juso-Programmatik sind: etwa die Einführung einer Kindergrundsicherung, die Umwandlung von Hartz IV in ein sanktionsfreies Bürgergeld, das Recht auf Weiterbildung, ein auf 12 Euro

erhöhter Mindestlohn oder die Etablierung von Arbeitszeitkonten. Eine Umsetzung vieler dieser Forderungen wird jedoch in einer Koalition mit den Unionsparteien, wie wir sie aktuell auf Bundesebene vorfinden, nicht möglich sein. Als Jusos Mitte ist daher die Frage umso spannender, welche Punkte aus dem Sozialstaatspapier vorerst auf der Landes- oder Kommunalebene zu verwirklichen sind. Wir möchten daher versuchen, unsere sozialpolitischen Forderungen auch in unserem Bezirk und der Stadt Berlin umzusetzen. Ein positives Beispiel stellt die Einführung eines kostenlosen Mittagessens in Schulen in Berlin dar. In den nächsten zwei Jahren wollen wir Jusos in Mitte daran mitwirken, die Umsetzung des Sozialstaatskonzept 'von unten' voranzutreiben. Um die sozialpolitischen Herausforderungen unseres Bezirks besser zu verstehen, möchten wir uns mit Amt für Soziales des Bezirks Mitte und verschiedenen Sozialverbänden unterhalten und die Problemlagen analysieren. Ein besonderes Augenmerk wollen wir dabei auf familienpolitische Maßnahmen legen. Deutsche Familienpolitik ist hochkomplex, was auch dem geschuldet ist, dass viele Familienformen mit jeweils unterschiedlichen Bedarfen existieren. Gemeinsam mit euch wollen wir uns vor allem mit familienpolitischen Geldleistungen wie dem Kinderfreibetrag und Kindergeld auseinandersetzen. Gleichzeitig möchten wir uns mit der Frage befassen, inwiefern unsere aktuelle Familienpolitik queeren Familien- und Lebensentwürfen gerecht werden kann.

Gesundheit für alle ermöglichen!

Als Jungsozialist*innen fordern wir, dass alle Menschen gleichermaßen Zugang zu optimaler medizinischer Versorgung erhalten und von medizinischem Fortschritt profitieren können. Gesundheit hängt allerdings nachwievor stark mit dem sozioökonomischen Status und Faktoren wie dem Geschlecht oder der Hautfarbe zusammen. Aktuelle Forschung zeigt, dass ein schlechter Gesundheitszustand sich nicht nur auf das persönliche Wohlbefinden auswirkt, sondern auch eine unmittelbare Ursache für weitere soziale Probleme wie Langzeitarbeitslosigkeit und unfreiwillige Frühverrentung darstellt. Vor diesem Hintergrund möchten wir uns als Jusos Berlin-Mitte stärker mit diesem Themenkomplex befassen und verstehen welche gesellschaftlichen Strukturen und Institutionen Ungleichheiten besonders stark zementieren. Dabei möchten wir auch einen Blick auf unseren eigenen Bezirk werfen und planen, den Kinder- und Jugendgesundheitsdienst des Bezirks Berlin-Mitte einzuladen, um mehr über die gesundheitliche Versorgung und Situation von Kindern und Jugendlichen in Berlin-Mitte zu erfahren. Selbstverständlich möchten wir uns auch mit der zentralen SPD-Forderung nach der Abschaffung der sogenannten Zwei-Klassen-Medizin und der Einführung einer Bürgerversicherung auseinandersetzen. Zudem sollte ein fortschrittliches Gesundheitssystem vor allem die Prävention von Krankheiten in den Vordergrund stellen - hier sollte die Ottawa Charta der WHO maßgeblich angewendet und umgesetzt werden. Neben einem gleichen Zugang zu Vorsorgeuntersuchungen sind hier auch bezahlbare gesunde Ernährung sowie die höhere Besteuerung gesundheitsschädlicher Lebensmittel und die kostenfreie Teilnahme an sportlichen Tätigkeiten zentrale Aspekte einer ganzheitlichen Gesundheitspolitik. Nicht nur die Ausgestaltung des Versicherungssystems hat einen Einfluss auf die strukturelle Verteilung von Gesundheitschancen. Auch alltägliche Diskriminierung, Stress am Arbeitsplatz oder Umwelteinflüsse sind dabei zentral. Folglich stellen wir die Frage, inwiefern Städte ihre Bewohner*innen durch u.a. Lärm, Luftverschmutzung und Stress krank machen und wie Berlin und unser Bezirk Mitte dem entgegenwirken können? Gemeinsam mit Stadtplaner*innen und Akteur*innen der Berliner Stadtpolitik planen wir Stadtpaziergänge durchzuführen, um Gesundheitsgefahren in Berlin besser zu verstehen und anschließend dafür einstehen, dass diese Risiken noch stärker in der Berliner Stadtplanung Eingang finden. Als Jusos Mitte möchten wir außerdem von vorhandenen Expertisen in unserem Bezirk profitieren und uns im Rahmen der *Jusos on Tour* mit Institutionen wie dem Robert-Koch-Institut oder der Deutsche Allianz Nichtübertragbarer Krankheiten (DANK) vernetzen. Während die Auswirkungen der Digitalisierung auf Erwerbsarbeit bereits in unserer vergangenen Wahlperiode umfassend

analysiert wurden, wollen wir uns nun den Veränderungen im Gesundheitswesen durch den Einsatz von Big Data zuwenden. Mit der Nutzung neuer Technologien gehen sowohl Chancen als auch Risiken einher. Wir wollen uns daher mit den Implikationen von Telemedizin, der privaten Nutzung von Gesundheitsapps und der elektronischen Patientenakten, welche ab 2021 eingesetzt wird, befassen. Dies hat aufgrund des starken Ärztemangels in Berlin-Mitte auch bezirkspolitische Relevanz. Hier möchten wir uns mit digitalen Möglichkeiten der medizinischen Versorgung kritisch auseinandersetzen.

Arbeitszeit, Ausbildung & Mitbestimmung

Ein wichtiges Thema, das wir Jusos Berlin-Mitte in den letzten zwei Jahren behandelt haben, war die allgemeine Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden in der Woche bei Lohn- und Personalausgleich. Anknüpfend an diese Zielvorstellung wollen wir uns in der kommenden Periode mit progressiven Arbeitszeitmodellen auseinandersetzen, die den Beschäftigten durch zeitweilig kürzere Arbeitszeiten und flexible Arbeitszeitmodelle mehr Selbstbestimmung und Freiräume in ihrer Lebensgestaltung ermöglichen. In dieser Diskussion über Brückenteilzeit, Zeitkonten oder das Recht auf Homeoffice möchten wir mit Vertreter*innen von Gewerkschaften und insbesondere Jugendgewerkschaften (wie der DGB Jugend Berlin-Brandenburg oder deren Einzel-Jugendgewerkschaften) ins Gespräch kommen, um ihre Perspektiven auf Chancen und Risiken sowie ihre Erfahrungen im Umgang mit den Arbeitgeber*innen zu erfahren.

Mit der Einführung einer Mindestausbildungsvergütung im neuen Berufsbildungsgesetz (BBiG) ab Januar 2020 ist ein wichtiger Schritt erfolgt, mit dem die berufliche Bildung und Ausbildung in Deutschland gestärkt wird. Trotz dieser Verbesserung der Bedingungen für Azubis bleibt natürlich viel zu tun. Um in den kommenden zwei Jahren die Belange junger Auszubildender stärker in den Fokus zu rücken, möchten wir uns im Rahmen eines Treffens mit einer Jugend- und Auszubildendenvertretung (JAV) eines Betriebes in Berlin-Mitte vernetzen. Wir wollen uns außerdem darüber informieren, wie viele Betriebe in Berlin-Mitte tarifgebunden sind und uns mit aktuellen Arbeitskämpfen in unserem Bezirk auseinandersetzen. Auch eine Sitzung mit dem Betriebsrat eines in Berlin-Mitte ansässigen Unternehmens etwa der Bayer AG oder BVG wäre eine spannende Chance, uns darüber zu informieren, wie betriebliche Mitbestimmung in der Praxis funktioniert und wie die Mitbestimmungsrechte von Arbeitnehmer*innen von politischer Seite aus gestärkt werden können. Als feministischer Richtungsverband ist es uns ein großes Anliegen, auf geschlechtsbezogene strukturelle Ungleichheiten auf dem Arbeitsmarkt einzuwirken. Gerade im Bereich der Lohnarbeit sind diese fundamental aufgrund des nachwievor existierenden Gender Wage Gaps. Der durchschnittliche Bruttostundenverdienst von Frauen* lag 2019 um 21% niedriger als der Verdienst von Männern. Da diese Differenz seit Jahren konstant ist, wollen wir uns auch in den nächsten zwei Jahren am Equal-Pay-Day beteiligen, um auf diesen Missstand hinzuweisen. Aufgrund der daraus resultierenden geringeren Rentenbeiträge von vielen Frauen führt dies im hohen Alter häufig zu Altersarmut und Abhängigkeit. Gemeinsam mit in Berlin-Mitte angesiedelten Sozialverbänden und Rentner*innenvertretungen wollen wir uns mit dieser Problematik befassen, die insbesondere für junge Frauen von großer Bedeutung ist.

3. Bildung und Kultur

Unter dem Begriff Bildung verstehen wir Jusos ganz grundlegend die Befähigung, ein selbstbestimmtes Leben führen zu können. Wir Jusos sind uns in einem Punkt einig: das Recht auf Bildung gilt für alle Menschen! Für diese Überzeugung möchten wir in unserer Arbeit eintreten und dafür kämpfen, dass Menschen unabhängig von ihrer Klassen- oder ethnischen Herkunft oder auf Basis von Alter oder Geschlecht Zugang zu Bildung erhalten. Dabei liegt unser Fokus in den nächsten zwei Jahren auf unserem Bezirk, dennoch wissen wir darum, dass

Bildungsfragen zwar vor Ort anfangen, jedoch nur auf Landes- und Bundesebene gelöst werden können. Somit ist die Frage der Bildungsgerechtigkeit eine ganzheitliche Frage, die auf allen Ebenen gestellt werden muss. In den nächsten zwei Jahren wollen wir die Zusammenarbeit mit den Schüler*innenvertretungen sowie den Jugend- und Auszubildendenvertretungen stärken und ausbauen. Dazu wollen wir eine Schulkampagne starten, um sowohl vor Berufsschulen als auch den öffentlichen Regelschulen unsere Präsenz zu steigern, für die Nöten, Probleme und Fragen der Schüler*innen dazu sein und gemeinsam für deren Anliegen zu kämpfen. Eines der größten Probleme in Berlin Mitte sind Platzprobleme. Wir haben schlichtweg zu wenig Schulen und zu wenig Bebauungsfläche für den Bedarf der Kinder und Schüler*innen. Somit ist klar: Bildung und Stadtentwicklung müssen eng zusammengedacht werden und kreative Lösungsansätze gefunden werden, um dieses Problem gerade in eng besiedelten Stadtteilen zu lösen. Hinzu kommt, dass berlinweit ein großer Lehrer*innenmangel herrscht. Dabei ist für uns eine Wiederverbeamtung nicht die Lösung des Problems. Um dieses Problem zu lösen bedarf es vieler und kreativer Ideen, die von einer besseren, interkulturellen und praxisorientierteren Lehrer*innenausbildung an Universitäten bis hin zur Professionalisierung der Quer-/Seiten- und Direkteinsteiger*innen reichen. Hier wollen wir neue Wege diskutieren und gehen. Durch eine Verbeamtung, da bleibt unsere Haltung klar, erreichen wir nichts.

Bildung fängt für uns bereits in der Kita an. Hier wird der Grundstein für die Bildungslaufbahn gesetzt - und hier beginnt bereits die Ungleichbehandlung. Für uns bleibt es ein Anliegen für die (auch finanzielle) Gleichstellung von Erzieher*innen mit Lehrer*innen einzutreten und eine bessere Grundversorgung sowie Aus- und Weiterbildungen (gerade im Bereich Interkulturalität und Inklusion) sicherzustellen. Hier wollen wir innerhalb unseres Bezirks mehr Kontakt (bspw. durch *Jusos on Tour*) zu Erzieher*innen herstellen. Für uns ist und bleibt das Ziel, Gemeinschaftsschulen mit Ganztagsbetreuung als Regelschulen in ganz Berlin zu etablieren. Gleichzeitig erkennen wir, dass es dafür noch nicht die gesellschaftliche Akzeptanz gibt. Hier für mehr Aufklärung zu sorgen und eine gesellschaftliche Diskussion anzustoßen bleibt eine wichtige Aufgabe für die nächsten zwei Jahre. Daneben wollen wir auch über ein zukunftsfähiges, gerechteres, interkulturelles und feministischeres Schulsystem diskutieren - auch grundlegend hierarchisch andere Systeme, wie in einem demokratischen Schulsystem, ist eine Möglichkeit. In dem Zusammenhang wollen wir auch die Aspekte des sogenannten Produktiven Lernens näher beleuchten und dazu auch mit der Stiftung "Haus der kleinen Forscher", welche hier in Mitte ihren Sitz hat, näher zusammenarbeiten.

Neben den Regelschulen wollen wir auch die Präsenz bei den Berufsschulen stärken. So erkennen wir das auch dort der Lehrkräftemangel immer brisanter wird, wodurch die Bildungsangebote leiden. Unser Anspruch ist, die vielen Auszubildenden dort nicht alleine stehen zu lassen und auch nach unserer Schulkampagne unsere Präsenz an Berufsschulen aufrechtzuerhalten. Wie wir dies erreichen wollen und mit welchem Format wollen wir in diesem Jahr diskutieren.

Kultur

Wer sich mit Kulturförderung auseinandersetzt, der/dem wird schnell bewusst, dass der Begriff „Kultur“ sehr unterschiedlich definiert werden kann. Aus diesem Grund bedarf die Kulturförderung besonderer inhaltlicher Auseinandersetzung. Die Berliner Kulturszene zeichnet sich besonders durch ihre Vielfältigkeit aus. Was ist zum Beispiel die „Freie Szene“ in Berlin? Welche Bedürfnisse hat sie? Für uns steht eines fest: Die Kultur unserer Stadt lebt von den Freiräumen, die ihr zur Verfügung gestellt werden- räumlich, juristisch und gesellschaftlich. Wie wir diese Freiräume schaffen und dabei Kunst- und Kulturschaffende angemessen fördern und unterstützen können (Künstler*innen-Status erneuern); damit wollen wir uns auf vielfältige Art und Weise in den nächsten zwei Jahren auseinandersetzen. So sehen wir gerade hier in Mitte,

das viele Kunst- und Kulturstätten Gefahr laufen verdrängt zu werden und dies scheinbar kaum wahrnehmbare öffentliche Diskussion hervorruft. Zudem fehlt es an einer Vernetzung zwischen, mit und innerhalb der verschiedensten Kunstbereiche. So wollen wir mittels des Formats „Jusos on Tour“ in hiesigen Galerien, Museen, Theatern etc. eine solche Vernetzung anstreben. Wir wollen zudem nach Möglichkeit ein *Jusos on Tour* zu dem Landesmusikrat in Moabit sowie den Bläserklassen Brandenburg unternehmen, um soziale Barrieren beim Zugang zu Musikunterricht zu verstehen und uns für einen kostenfreien Unterricht für bedürftige Kinder und Jugendliche einzusetzen. Besonders interessant wird zudem die Eröffnung des Humboldt-Forums, welche dieses Jahr stattfinden soll. Dass hier unter anderem auch Raubkunst ausgestellt werden soll, sehen wir Jusos äußerst kritisch und werden daher den Prozess der Eröffnung kritisch und wenn nötig protestierend begleiten.

4. Feminismus

Als feministischer Richtungsverband kämpfen wir für die Gleichstellung der Geschlechter. Wir begreifen Geschlecht als soziales Konstrukt, das den Normen der patriarchalen Strukturen unserer Gesellschaft unterliegt. Diesen Umstand nehmen wir nicht länger hin! Ziel muss es sein, eine Gesellschaft der Freien und Gleichen zu etablieren. Eine Gesellschaft, in der das Geschlecht keinen hierarchischen Normvorstellungen und Diskriminierungen unterliegt und die die Gleichberechtigung aller an ihr teilnehmenden Menschen ermöglicht. Eine Gleichstellung der Geschlechter muss weiterhin erkämpft, verteidigt und gelebt werden! Für diesen Kampf brauchen wir allerdings viele Menschen, welche zum Teil erst für dieses Thema sensibilisiert werden müssen. Deshalb wollen wir in den nächsten zwei Jahren unsere Bildungsarbeit dahingehend in Form von Grundlagenseminaren ausbauen. Im Rahmen dieser Grundlagenseminare wollen wir unter anderem Themen wie sexuelle Selbstbestimmung und Sexarbeit beleuchten. Denn wir begreifen uns als feministischer Verband! Wir hinterfragen ungerechte Geschlechterverhältnisse in Verbindung zur kapitalistischen Produktionsweise, gerade Frauen* leisten oftmals unbezahlte Care-Arbeit. Wir erkennen, dass eine gesamtgesellschaftliche Gleichstellung der Geschlechter und die Überwindung des kapitalistischen Systems sich bedingen und verfolgen damit einen materialistischen Ansatz. Gleichwohl wollen wir uns auch für die Rechte von queer*- lebenden, inter- und transgeschlechtlichen Menschen stark machen und damit dem queer*Feminismus einen Raum geben. Wir wollen eine feministische Politik fördern, welcher der Lebensrealität aller geschlechtlichen Identitäten gerecht wird.

Vorgehensweise

Neben den Grundlagenseminar(en) wollen wir auch in unseren Mitgliederversammlungen die feministische Perspektive stärker einbinden. Feminismus muss als Querschnittsthema verdeutlicht werden, indem wir die von uns behandelten Themen aus einem feministischen Blickwinkel betrachten. Auch die Methodik der „feministischen Viertelstunde“, in der aktuelle Themen feministisch betrachtet werden, ermöglicht eine kontinuierliche, inhaltliche Einbindung, deren Wirksamkeit wir in den nächsten zwei Jahren erproben möchten. Durch die Einbeziehung von Referent*innen sowie dem Austausch mit feministischen Vereinen, Organisationen und Bündnispartner*innen in unserem Kreis (wie Bündnis für sexuelle Selbstbestimmung Mitte), wollen wir eine feministische Politik voranbringen und diese den aktuellen Lebensrealitäten anpassen. Die Zusammenarbeit wollen wir zudem in unserem „Jusos on Tour“- Projekt verbinden. Damit einhergehend stellen wir uns die Frage, wie „weiblich und vielfältig“ unsere Politik und die unserer Partei heute ist und vor welchen Herausforderungen wir uns aktuell im Kreis befinden.

Innerverbandliche Maßnahmen

Auch wollen wir in unserer Arbeit miteinander durch innerverbandliche Maßnahmen eine geschlechtergerechte Einbringung ermöglichen. Dies umfasst Diskussionen um Wahlen, Ämtervergaben und Listenaufstellungen mit Einbezug der feministischen Perspektive zu führen, und bei der Mitgliederansprache die verschiedenen Geschlechterperspektiven mitzudenken. Indem wir verschiedene Formen des feministischen Empowerments testen, wollen wir in Mitte Frauen* aktiv in ihrem Verbandsengagement fördern, sie zu mehr politischem Engagement ermutigen und dafür sorgen, dass sie* sich stärker und kreisübergreifender vernetzen. Dies kann regelmäßige Frauen*- Empowerment- und Mentoring-Programme wie beispielsweise dem Organisieren von Themenworkshops, Rhetorikseminaren, einem dezentralen Frauen*frühstück sowie Kooperationen mit Verbänden, Initiativen und der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF) in Mitte umfassen. Auch in Form von Online-Aktionen und Kampagnen wollen wir vor allem Frauen* ansprechen und auf uns und unsere feministischen Inhalte aufmerksam machen. Zudem wollen wir unsere regelmäßig stattfindenden MITTEndrin-Treffen, die ein Kennenlernen und einen Austausch im lockeren Rahmen ermöglichen, für die Frauen*Vernetzung öffnen, indem wir separate Treffen für Frauen* anbieten.

5. Umwelt, Klima & Nachhaltigkeit

Ein effektiver Umweltschutz beginnt für uns Jusos Mitte auf lokaler Ebene. Die Kommunen stellen hier die Weichen, damit die Transformation und die Herausforderung des Klimawandels bewältigt werden können. Daher wollen wir uns im Rahmen unserer verbandsinternen Bildungsarbeit im Themenmonat Umwelt mit dem globalen Phänomen des Klimawandels auseinandersetzen und die sozialen Herausforderungen, die er mit sich bringt, genauer untersuchen. Da es für uns Jusos selbstverständlich ist, dass die Transformation sozial verträglich gestaltet werden muss und keine Interessen gegeneinander ausgespielt werden dürfen, wollen wir verschiedene Perspektiven von Vertreter*innen von Umweltschutzverbänden und Gewerkschaften, besser Junggewerkschaften für eine effektivere Bündnisarbeit, erlangen und mit ihnen in den Austausch kommen. Das Format *Jusos on Tour* bietet sich hier an, um unsere Ideen auch in den Bezirk tragen zu können. Denn nur, wenn die globalen Probleme verstanden werden, können wir unseren Fokus auf den Bezirk lenken und uns mit Maßnahmen auf kommunaler Ebene auseinandersetzen. In den nächsten zwei Jahren wollen wir daher prüfen, inwiefern unser Bezirk einen großen Schritt Richtung Klimaneutralität gehen kann. Dieses Wissen und neue Forderungen, wie eine ressourcenschonende Berliner Verwaltung, wollen wir dann auch in die SPD hineinragen.

Eine lebenswerte Stadt bedeutet für viele Menschen auch eine saubere Stadt. Wir wollen uns daher auch in den nächsten zwei Jahren damit auseinandersetzen, wie wir Mitte und Berlin sauberer gestalten können. Daher wollen wir uns mit verschiedenen Lösungswegen auseinandersetzen. Neben einer Reduzierung des individuellen Konsums muss Bewusstsein geschaffen werden. Vielmehr muss Bewusstsein über Ressourcenmanagement geschaffen werden. Hier wollen wir Jusos stärker als bisher ansetzen. Allerdings sind wir uns nach wie vor über die Problematik, die das kapitalistische System mit sich bringt, bewusst. Dies darf nicht dazu führen, die eigene Verantwortung als einzige Lösung zu betrachten. Ein grundlegender Systemwandel bleibt daher das oberste Ziel der Jusos, um den Klimawandel am effektivsten bekämpfen zu können.

Wir setzen uns auch weiterhin dafür ein, dass Grünflächen auf Bezirksebene so sehr wie möglich erhalten bleiben. Gerade in den Innenstadtbezirken stellen saubere und schnell erreichbare Grünflächen eine zentrale Form der Erholung da. Wir werden uns damit stärker auseinandersetzen, wie diese für alle sozialen Gruppen attraktiv gestaltet und sauber gehalten

werden können. Auch in der nächsten Periode bekennen wir uns weiterhin mit der Umweltbewegung Fridays For Future und solidarisieren uns mit den zahlreichen Schüler*innen, die wöchentlich für die Erhaltung des Planeten demonstrieren. Mit diesen engagierten jungen Menschen wollen wir stärker in den Dialog treten und unsere Präsenz auf den Demonstrationen ausbauen. Teil unseres Verständnisses als internationalistischer Richtungsverband bezieht sich aus unserem üblichen Handeln, auch mal über den eigenen Tellerrand zu gucken. So wollen wir auch im Rahmen unserer Bildungsarbeit positive Beispiele aus anderen Städten und Kommunen untersuchen und, wo möglich, ähnliche Forderungen in die Berliner SPD hineintragen.

6. Migration, Integration und Asyl

Vielfalt als Chance begreifen - für eine offene und tolerante Gesellschaft!

Deutschland ist seit Jahrzehnten ein Einwanderungsland. Ziel der Jusos Mitte ist es, die (nicht nur) daraus entstandene gesellschaftliche Vielfalt entsprechend engagiert auch in unseren Strukturen abzubilden, als Chance zu begreifen, zu fördern und zu erhalten. Das bedeutet auch, dass wir für Chancengerechtigkeit und gegen Rassismus, ethnozentrierten, kulturalistischen und religionsbezogenen Chauvinismus, Antisemitismus, Antiziganismus und Islamfeindlichkeit sowie gegen jegliche Ideologie der Ungleichheit und Ungleichwertigkeit ohne Zögern konsequent vorzugehen bereit sind und es als Aufgabe jede*r*s Einzelnen verstehen, unsere offene und tolerante Gesellschaft nicht nur zu schützen, sondern weiterzuentwickeln. Der gesellschaftliche Umgang mit migrantisch gelesenen Personen ist dabei ein Querschnittsthema, das unter anderem Bildung, Feminismus, Gesundheit, Arbeit und Soziales berührt.

Mehr Aufklärungsarbeit!

Beispielsweise werden migrantisch gelesene Personen in Schulen, Ausbildung, Studium und Beruf noch immer strukturell diskriminiert. Wir fordern also noch mehr Aufklärungsarbeit in Behörden, Schulen, Weiterbildungseinrichtungen etc., um strukturelle Diskriminierung auf allen beteiligten Ebenen zu bekämpfen. Dafür ist die gezielte Weiter- oder Fortbildung in Seminaren zu (Alltags-)Rassismus bei Mitarbeiter*innen von Behörden, Lehrer*innen ein mögliches Mittel.

Mehr Vernetzung auf dem Weg zum diversen integrativen Verband!

Aber auch in der politischen Parteienlandschaft, in der SPD und bei den Jusos Mitte, sind Menschen mit eigener oder familiärer Migrationserfahrung häufig unterrepräsentiert. Wir Jusos Mitte wollen die gesellschaftliche Vielfalt auch in unserem Verband widerspiegeln und setzen uns daher zukünftig mit einer personellen Quote von 15 Prozent für Menschen mit eigener oder familiärer Migrationserfahrung in Führungsrollen auseinander. Migrantisch gelesene Personen sind dabei selbstverständlich keine homogene Gruppe. Es geht uns aber darum, möglichst viele Perspektiven auf unseren Kreis zu vereinen, die Vernetzung untereinander vorantreiben und allen Menschen eine politische Heimat geben, die Seite an Seite für eine sozial gerechtere Gesellschaft kämpfen möchten. Auf diese Weise wollen wir ein diverser integrativer Verband werden, der neue Perspektiven auf und Lösungen für Probleme in unserem Kreis anstrebt. Wir streben dazu unter anderem auch verstärkt eine Zusammenarbeit mit der AG Migration und Vielfalt der SPD an und wollen Vertreter*innen in unsere Sitzungen einladen oder gemeinsame Vorhaben umsetzen.

Wir Jusos Mitte wollen zudem vor Ort ein dezentrales Mentor*innen-Programm etablieren, das in Kooperation mit Asylvereinen, Jugend-, Frauen- und Migrant*innenverbänden wie anderen örtlichen Initiativen und Akteur*innen vor allem Raum für direkten Austausch und eine vereinende jungsozialistische Vernetzung bietet. Auf Landes- und Kreisebene kann die Vernetzung unterschiedlicher junger Menschen durch kostenlose Sportangebote, Abbau von

Hürden bei politischer Arbeit in Organisationen, Parteien o.ä. und gezielte Förderung von Engagement bspw. auch durch finanzielle Anreize gezielt gefördert werden. Gezielt sollen dabei auch Frauen* angesprochen werden. Anlehnend daran wollen wir verstärkt die Probleme geflüchteter Frauen* auf die politische Agenda bringen und mit von geflüchteten und emigrierten Frauen* mitbetriebenen Organisationen wie DaMigra oder International Women Space und rechtlichen Beratungsstellen zusammenarbeiten. Dabei ist ein integrativer Verband nur der erste Schritt hin zu einer integrativen SPD und wirklichem gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Mehr Rechte und mehr Schutz für neuzuwandernde Personen!

Außerdem ist uns wichtig, dass neuzugewanderte Personen in Berlin und Deutschland nicht auf sich allein gestellt sein dürfen. Arbeitsmigrant*innen aus EU-Ländern werden in Deutschland noch zu häufig ausgebeutet. In Berlin stellen EU-Migrant*innen 70% der Schutzsuchenden in Kälteschutzeinrichtungen. Wir müssen die Arbeitnehmer*innenrechte in Deutschland sofort und unabhängig von der Nationalität stärken, soziale Projekte unterstützen und Ausbeutung bekämpfen. Wir Jusos Mitte wollen daher die Vernetzung mit entsprechenden Akteur*innen vor Ort suchen und Vereine in unsere Arbeit mit einbinden. Auch wollen wir Vertreter*innen der EU für eine Sitzung gewinnen und uns gemeinsam mit ihnen darüber austauschen, wie die Rechte neuzuwandernder Personen gestärkt werden können. Integration verstehen wir nämlich uneingeschränkt als gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Das bedeutet jedoch nicht, dass die Versorgung, die Integration und der Schutz neu zugewanderter oder zugewandernder Personen vom Ehrenamt abhängig sein darf. Die Jusos Mitte fordern stattdessen: Seenotrettung muss staatlich sein! Zuständigkeiten müssen staatlich geregelt werden und setzen voraus, dass entsprechend geschultes Personal in ausreichender Anzahl zur Verfügung gestellt wird.

Hürden bei der Integration gezielt abbauen!

Das betrifft die sehr diverse Gruppe neuzugewanderter Personen auf unterschiedlichste Art und Weise. So müssen einerseits Hürden bei Arbeits- und Ausbildungsmarktintegration dringend abgebaut werden, um die Integration in beide Märkte zu beschleunigen und zu fördern. Wir fordern daher unter anderem die Beschleunigung von Anerkennungsverfahren bei ausländischem/r Abschluss und Berufserfahrung. Dabei dürfen Rechte wie Bildungs- und Arbeitserlaubnis niemals vom Alter oder Aufenthaltsstatus abhängen und willkürlich sein. Zudem dürfen nicht nur minderjährige Geflüchtete vom Wohlstand unseres Staates profitieren können, sondern die Förderung, Betreuung und den Schutz aller Geflüchteten verdienen alle Altersgruppen. Daher verlangen wir für alle Menschen in unserem Kreis den vollen und gleichberechtigten Zugang zur gesundheitlichen Versorgung und psychologischer Betreuung unseres Gesundheitswesens, unabhängig vom Aufenthaltsstatus und in einer Erstsprache. Das Lernen der Zweitsprache Deutsch darf gleichzeitig niemandem verwehrt werden: Sprachkurse bis einschließlich Niveau B1 sollten unabhängig vom Aufenthaltsstatus finanziert werden - auch, um die Vernetzung von neu zugewanderten Menschen mit unserem Kreis zu initiieren und sicher zu stellen, dass Rechte formuliert und wahrgenommen werden können. Dafür wollen wir uns mit Integrationskursanbietern wie Volkshochschulen zusammensetzen, um gemeinsam über Möglichkeiten zu beraten, Sprachkurse für alle durchzusetzen.

7. Europa und Internationales

Ein geeignetes Europa bedeutet für uns Jusos Mitte Frieden, Freiheit und gerechten Wohlstand. Besonders junge Menschen profitieren von diesem auf dieser Welt einzigartigen Friedensprojekt, das die nationalen Grenzen für Menschen innerhalb Europas verschwimmen lässt. Die Europawahl im vergangenen Jahr hat deutlich gezeigt, dass dieses europäische Friedensprojekt gerade von den jungen Menschen positiv aufgenommen wird, die sich zudem

eine fortschreitende europäische Integration wünschen. Wir müssen bestrebt sein, diesen jungen Menschen von unseren Ideen von einem zukünftigen Europa zu überzeugen.

Handlungs- und Verbesserungsbedarf gibt es genug. Besonders institutionelle Probleme sorgen für einen Mangel an Interesse und Akzeptanz. Daher endet Unsere Idee von Europa nicht bei dem aktuellen Status Quo. Wir wollen uns weiter mit unserer Vision der „Vereinigten Staaten von Europa“ auseinandersetzen und diese Idee weiter ausgestalten. Denn nur in einem demokratischen und vereinten Europa kann auf Dauer Frieden in Europa gewahrt werden. Dazu muss das Europäische Parlament endlich in seiner Rolle gestärkt werden. Versuche, diese zu schwächen sollen dementsprechend sanktioniert werden. Die Wahrung der Umwelt, der sozialen Sicherung und der Menschenrechte sollte das Handeln der EU und aller Mitgliedstaaten bestimmen. Das geschlossene Auftreten der EU stärkt zudem das europäische Selbstbewusstsein. Dadurch können die globalen Probleme der heutigen Zeit effektiver angegangen werden.

Unsere europäische Idee und Begeisterung werden leider nicht von jeder Gruppe geteilt. Die Europäische Idee steht besonders durch Populist*innen und Rechtsnationalist*innen stark unter Druck. Wir Jusos Mitte stellen uns gegen diese Gruppen und werden uns weiter für die Verbreitung unserer pro-europäischen Überzeugung einsetzen. In den nächsten zwei Jahren wollen wir daher uns wieder verstärkt mit der bisherigen Entwicklung und zukünftigen Weiterentwicklung von Europa und der Europäischen Union beschäftigen und Berührungspunkte mit der EU schaffen. Denn Europa ist kein fremder Ort, der nur in Brüssel stattfindet, Europa fängt auf lokaler Ebene an und zwar nicht nur zu Wahlkampfzeiten. Deshalb müssen wir, wenn die Idee Europas weiterleben soll, lokale Projekte zur europäischen Bildungsarbeit entwickeln und bestehenden Projekten wie zum Beispiel dem JEBB oder „diesmalwählich“ unterstützen. Nur so kann es uns gelingen die Entfernung nach Brüssel zu verringern und Europa in Berlin- Mitte erlebbar zu machen.

8. Wirtschaft, Finanzen und Steuern

Wie sieht jungsozialistische Wirtschaftspolitik aus?

Seit Jahren geht der Anteil der tariflich gebundenen Betriebe und Unternehmen deutlich zurück, insbesondere im Dienstleistungssektor. Um dort und im allgemeinen bessere Arbeitsbedingungen und höhere Löhne zu schaffen, brauchen wir eine Stärkung der Tarifbindung. Wie kann von politischer Seite z.B. Tariftreue von Unternehmen forciert werden? Wie können darüber hinaus gehend insgesamt die Mitbestimmung von Arbeitnehmer*innen und ihre Beteiligung an den Gewinnen von Unternehmen gefördert werden? Wie unterstützen wir unternehmerische Innovationskraft und sorgen zugleich dafür, dass der erwirtschaftete Wohlstand gerecht verteilt wird? Diese und weitere Fragen möchten wir in den kommenden zwei Jahren mit einer Themenreihe zu jungsozialistischer Wirtschaftspolitik versuchen zu beantworten. Einen möglichen Auftakt dafür stellt eine kritische Auseinandersetzung mit Start-ups dar - schließlich ist Berlin nicht nur die Bundes-, sondern auch die Start-up-Hauptstadt Deutschlands, viele dieser neu gegründeten, innovativen und schnell wachsenden Unternehmen haben zudem ihren Sitz in unserem Bezirk. Besonders interessant ist dabei sicher die Rolle der Arbeitnehmer*innen: gibt es etwa neuartige Modelle der Beteiligung in den Start-ups oder existieren dort vielmehr prekäre Arbeitsverhältnisse? Inwiefern eine starke Arbeitnehmer*innenvertretung in neuen Unternehmensmodellen umgesetzt werden, wollen wir kritisch betrachten.

Außerdem möchten wir uns mit Unternehmensmodellen auseinandersetzen, die auf irgendeine Weise als vorbildhaft gelten können: das Unternehmen agiert besonders nachhaltig, kommt seiner Sorgfaltspflicht nach und achtet auf eine faire Lieferkette bei seinen Lieferanten, hat umfassende Maßnahmen zur betrieblichen Mitbestimmung etabliert. Auch eine Auseinandersetzung mit der Genossenschaftsidee wäre an dieser Stelle denkbar. Beantworten möchten wir dabei folgende Fragen: Welche Herausforderungen tun sich in der Praxis auf? Mit welchen Problemen sehen sich solche Unternehmen konfrontiert und wie könnten diese politisch gelöst werden? Schließlich wollen wir einen größeren Rahmen spannen und ausgehend von den gewonnenen Denkanstößen im Juso-Kreis diskutieren, wie insgesamt in unserem Wirtschaftssystem Unternehmen gesellschaftliche Verantwortung übernehmen können und wie die Mitbestimmung von Arbeitnehmer*innen sowie ihre Beteiligung am erwirtschafteten Gewinn eingefordert und von politischer Seite etwa durch ein Tariftreue-Gesetz gefördert werden können.

In der Umsetzung einer wie oben skizzierten Sitzungsreihe bietet sich das Format *Jusos on Tour* an: so könnte man entweder ein Start-up- oder auch beispielsweise ein genossenschaftlich organisiertes Unternehmen aus Berlin-Mitte besuchen und vor Ort über das jeweilige Unternehmensmodell ins Gespräch kommen und diskutieren, welche Schwierigkeiten und Probleme vorhanden sind und welche Lösungsansätze fruchtbar erscheinen. Mit der Betrachtung unterschiedlichster Unternehmensmodelle aus verschiedenen Branchen wollen wir schließlich unsere Vision sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik gemeinsam weiterentwickeln.

Mit Steuern steuern – vor Ort und in Europa

Zu einer gerechten Gesellschaft gehört eine gerechte Verteilung der Kosten des Gemeinwesens. Jeder Bürger sollte nach seiner tatsächlichen wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit an den Kosten des Gemeinwesens beteiligt werden. Einkommensstarke und Vermögende sollen an diesen Kosten proportional stärker beteiligt werden, als Einkommensschwache mit geringem Vermögen. Dazu gehört ein höherer Spitzensteuersatz, die Senkung der Steuer für Einkommensschwache, eine effektivere Finanztransaktionssteuer sowie eine effektivere Spekulationssteuer für Grundstücke und Immobilien damit die Bürger weiterhin menschenwürdig wohnen können. Die Wiedereinführung der Vermögenssteuer und eine gerechte gestaltete Erbschaftssteuer würde die ungerechte Vermögensverteilung reduzieren. Eine solche Steuerpolitik kann so auch den Nährboden der Populisten, die einen Verteilungskampf zwischen den prekären sozialen Schichten provozieren, entziehen. Mittels fachspezifischer Diskussionsrunden und Veranstaltungen wollen wir auf diesem Gebiet aktiv Bildungsarbeit leisten und ein Bewusstsein über die gegenwärtigen Ungerechtigkeiten unseres Steuersystems schaffen. Ein gerechtes Steuersystem steht und fällt durch ihre konsequente Durchsetzung. Durch geschickte und teilweise legale Steuergestaltungsmöglichkeiten umgehen große Multinationale Konzerne und wohlhabende Steuerpflichtige nationale Steuervorschriften. Dadurch umgehen sie die gerechte Besteuerung nach ihrer tatsächlichen wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit. Diese Steuern fehlen dem Gemeinwesen und dem Kiez zur Finanzierung seiner laufenden Kosten und Projekte. Wir wollen Steuerhinterziehung und -umgehung stärker bekämpfen. Daher fordern wir mehr qualifiziertes Personal und Mittel für die Steuerbehörden. Steuern sind zumeist kein Selbstzweck, sondern die finanzielle Grundlage für einen starken Staat sowie gut aufgestellte Länder und Kommunen, die ihre Aufgaben angemessen erfüllen können. Um besser verstehen zu können, wie öffentliche Finanzen funktionieren und wofür im Detail eingenommenes Geld wieder ausgegeben wird, möchten wir direkt vor Ort ansetzen und den **Bezirkshaushalt von Berlin-Mitte** ansehen. Mit unseren Vertreter*innen in der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) möchten wir über den Haushalt ins Gespräch kommen und uns informieren, wie ein Bezirkshaushaltsplan entsteht und woraus er sich zusammensetzt. Dabei wollen wir uns damit auseinandersetzen, über welche Einnahmen der Bezirk verfügt, für

welche Initiativen und Projekte Geld ausgegeben wird und was es darüber hinaus noch zu tun gibt.

ENTWURF